

#wissenschaftvertrauen

Positionen der uniko zum Diskurs über Vertrauen in Wissenschaft und Demokratie

23. März 2023

Im Rahmen ihrer Third-Mission-Projekte engagieren sich die österreichischen Universitäten bereits seit vielen Jahren im Bereich der Wissenschaftskommunikation und -vermittlung. Die Angebote für unterschiedlichste Zielgruppen reichen von der Kinderuni und der Langen Nacht der Forschung über naturwissenschaftliche Labore, künstlerische Austauschplattformen und klassische Diskussionsveranstaltungen bis hin zu populärwissenschaftlichen Publikationen, Podcasts und Social Media-Plattformen. Die uniko selbst hat mit Schrödingers Katze bereits 2014 einen Wissenschaftsblog etabliert, um das Vertrauen in die Wissenschaft zu stärken und die alltägliche Relevanz universitärer Forschung aufzuzeigen.

Eine Bestandsaufnahme, Bündelung und bessere Koordination dieser Initiativen ist zweifelsohne ein wichtiger Schritt. Die uniko begrüßt daher die vom Wissenschaftsministerium in Auftrag gegebene und vom IHS durchgeführte Ursachenstudie sowie das ÖAW-Wissenschaftsbarometer grundsätzlich, plädiert in der allgemeinen Diskussion aber für eine kritische und differenzierte Auseinandersetzung mit den Themen "Wissenschaftsskepsis" und Vertrauen in die Wissenschaft und Demokratie. Zudem setzt sich die uniko für eine dauerhafte, breit aufgestellte wissenschaftsbasierte Politikberatung sowie die Förderung von Wissenschaftsjournalismus ein.

Aktuell manifestiert sich "Wissenschaftsskepsis" allerdings weniger in einem Wissensdefizit als in einem Handlungsdefizit: Wie das Beispiel Klimakrise zeigt, liegt es weder an mangelnder Bereitstellung von wissenschaftlicher Evidenz noch an unzureichender Kommunikation, sondern an Politiker:innen, die den gemeinsamen Boden außer Streit gestellter wissenschaftlicher Erkenntnis verlassen und nicht bereit sind, dieser folgend Entscheidungen zu treffen und umzusetzen.

Wissenschaft und Demokratie

Die Freiheit der Wissenschaft ist ein hohes Gut. Damit Wissenschaft sich entfalten und frei von politischer Einflussnahme und sonstigen Zwänge agieren kann, braucht es demokratische Rahmenbedingungen und eine solide Finanzierung durch die öffentliche Hand. Umgekehrt ist die Politik auf wissenschaftliche Erkenntnisse und Expertise angewiesen, um auf deren Grundlage fundierte Entscheidungen zum Wohle der Allgemeinheit zu treffen, weshalb die uniko Initiativen wie die "Wiener Thesen" von ÖAW und Leopoldina zur Politikberatung begrüßt. Wissenschaftliche Beratung darf sich aber nicht nur auf Technikfolgenabschätzung beschränken, sondern ist um das gesamte Portfolio wissenschaftlicher Disziplinen zu erweitern, über das die Universitäten verfügen. Um evidenzbasierte Politik zu ermöglichen, bedarf

es aus Sicht der uniko aber nicht nur Ad hoc-Mechanismen, sondern etablierter und transparenter Instrumente. Diese sollten – im Sinne der Stärkung der Demokratie – nicht nur einzelnen politischen Entscheidungsträger:innen, sondern vor allem dem Parlament sowie auch dem Beamtenapparat, der für die Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen zuständig ist, zur Verfügung stehen.

Ein weiterer Aspekt ist der Beitrag der Wissenschaft zur Stärkung der Demokratie: Wissenschaft fördert durch die ihr zugrundeliegende kritische Denkweise, das methodische Entwickeln und Hinterfragen von Positionen, die Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft. Sie versetzt damit die Individuen in die Lage, als Zivilgesellschaft Diskurse zu reflektieren und sich in politische Prozesse aktiv einzubringen.

Insofern ist es sinnvoll, das Verhältnis von Wissenschaft und Demokratie gemeinsam zu thematisieren, um das Vertrauen in beide Bereiche zu stärken.

Eine undifferenzierte Vermengung bzw. Gleichsetzung wie im "10-Punkte-Programm des BMBWF zur Stärkung des Vertrauens in Wissenschaft und Demokratie" ist jedoch weder nachvollziehbar noch zielführend. So zeigen die ersten Zwischenergebnisse der vom BMBWF in Auftrag gegebenen und vom IHS durchgeführten Ursachenstudie, dass das Vertrauen in Wissenschaft in Österreich in allen untersuchten Umfragen im Zeitverlauf konstant und höher als jenes in andere Bereiche und Institutionen ist. Ein ähnliches Bild zeichnet der OGM/APA-Vertrauensindex Institutionen vom Juli 2022. Hier liegen die Universitäten auf Platz 4, gefolgt von demokratischen Institutionen wie Verfassungsgerichtshof (5) und Rechnungshof (6) sowie Bundespräsident (8). Parlament (23), Opposition (24) und Regierung (31) landen hingegen weit abgeschlagen auf den hinteren Rängen. Auch die Medien sind auf dem vorletzten Platz (30) anzutreffen. Vor diesem Hintergrund erscheint eine genaue Analyse der Motiv- und Ausgangslage sowie eine Unterscheidung nach Akteuren sinnvoll, um zielgerichtete Maßnahmen zu setzen. Das Wissenschaftsbarometer der ÖAW kommt zu dem Ergebnis, dass 56 Prozent der Befragten einen zu großen Einfluss von Seiten der Politik und 44 Prozent einen zu hohen Einfluss von der Wirtschaft auf die Wissenschaft sehen. Daraus lässt sich ableiten, dass die Freiheit der Wissenschaft als wesentlich wahrgenommen wird und die Autonomie und Unabhängigkeit wissenschaftlicher Institutionen gestärkt werden sollten.

Wenig dienlich für das allgemeine Vertrauen ist es hingegen, wenn Wissenschaft für politische Zwecke instrumentalisiert und die Glaubwürdigkeit von Forscher:innen selbst von Politiker:innen, die in ihrer Funktion als gewählte "Demokratiebotschafter:innen" als Vorbild vorangehen sollten, in Zweifel gezogen wird.

Wissenschaft und Medien

Qualitätsvolle Berichterstattung ist auf verlässliche Quellen angewiesen, welche in der Lage sind, Orientierung in der immer komplexer werdenden Informations- und Meinungsvielfalt zu bieten. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die an Österreichs Universitäten gewonnen, vermittelt und der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden, bilden solch eine Quelle. Sie finden nicht nur in der klassischen Berichterstattung über Wissenschafts- und Forschungs-

themen Niederschlag, sondern dienen dazu, Nachrichten aller Art – von Politik über Wirtschaft bis hin zu Alltagsphänomenen – mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zu unterfüttern, zu kontextualisieren oder auch zu relativieren. Umgekehrt ist die Wissenschaft auf Medien angewiesen, die in der Lage sind, komplexe Inhalte der Allgemeinheit gut verständlich zu vermitteln und Diskurse über wichtige gesellschaftliche Fragen anzustoßen. Angesichts einer zunehmenden Polarisierung und Ideologisierung über Fake News und alternative Fakten ist es umso wichtiger, qualitativen, seriösen und unabhängigen Journalismus und hier insbesondere den Wissenschaftsjournalismus als zentrale demokratiepolitische Säule zu stärken und zu fördern. Daher hat die uniko – zusammen mit anderen Wissenschaftsinstitutionen – mehrfach die Aufnahme von Wissenschaftsberichterstattung als ein Kriterium der Medienförderung gefordert. Als ebenso sinnvoll erachtet die uniko die Einrichtung eines Science Media Center nach internationalem Vorbild in Österreich, das Informationen für Journalist:innen zu aktuellen Themen mit Wissenschaftsbezug aufbereitet und den Medien die Expertise von Wissenschaftler:innen zur Verfügung stellt. Derartige Zentren gibt es bereits in GB, Australien, Neuseeland, Kanada, Deutschland, Taiwan, USA, Afrika, Spanien.

Wie das ÖAW- Wissenschaftsbarometer ergeben hat, kommt die Mehrheit der Befragten mit Wissenschaft und Forschung über das Internet in Berührung. Eine öffentliche Suchmaschine, wie sie beispielsweise der deutsche Philosoph Michael Andrick angeregt hat, könnte dazu beitragen, seriöse, wissenschaftlich aufbereitete Informationen der Öffentlichkeit kostenlos und ohne wirtschaftliche Interessen im Hintergrund zugänglich zu machen.

Wissenschaftsskepsis vs. Vertrauen in die Wissenschaft

In der aktuellen Debatte um das Vertrauen in Wissenschaft und Demokratie wird der Begriff "Wissenschaftsskepsis" häufig unreflektiert übernommen – sowohl von Seiten der Medien und Umfrageinstitute als auch von wissenschaftlichen Institutionen selbst. Damit entsteht ein Diskurs, der den Fokus vorwiegend auf die Defizite legt und übersieht, dass der Großteil der Befragten (je nach Umfrage 70-80 %) der Wissenschaft großes Vertrauen schenkt. Das sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es eine nicht unerhebliche Gruppe von Menschen gibt, die der Wissenschaft insgesamt skeptisch bis ablehnend gegenübersteht.

Einen begrüßenswerten Schritt zu einem differenzierteren Umgang mit unterschiedlichen Ausprägungen kritischer bzw. ablehnender Haltungen liefert die IHS-Ursachenstudie, die im Zwischenbericht festhält: "Skepsis ist in der Wissenschaft zentral für die Schaffung neuer Ideen; aber Wissenschaftsskepsis ist problematisch, wenn sie wissenschaftlich geschaffenes Wissen kategorisch ablehnt." Ebenfalls angemerkt wird, dass Skepsis nicht die Ablehnung von wissenschaftlichen Methoden bedeuten muss, sondern eine "Kritik an den Verbindungen von Wissenschaft mit anderen Gesellschaftsbereichen, wie Politik oder Wirtschaft" sein kann. Ein weiterer Begriff, der in diesem Zusammenhang immer wieder genannt wird, ist das "Desinteresse" an wissenschaftlichen Inhalten. Auch wenn es zweifelsohne das erklärte Ziel sein muss, möglichst viele Menschen für Wissenschaft und Forschung zu begeistern, so sollte man sich nicht dem überzogenen Anspruch hingeben, dass sich in einer Gesellschaft jede:r gleichermaßen für Wissenschaft interessieren bzw. sich in seiner Freizeit mit komplexen wissenschaftlichen Prozessen und Zusammenhängen auseinandersetzen muss. Viel wichtiger

erscheint hier der Faktor Vertrauen. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass in der Forschung, Lehre und Wissenschaftsvermittlung hohe wissenschaftliche wie ethische Standards eingehalten werden, mit öffentlichen Mitteln verantwortungsvoll umgegangen wird und nötige Kontrollmechanismen vorhanden sind. Das ist die Grundvoraussetzung, damit Vertrauen entstehen und sich ein Dialog zwischen Gesellschaft und Wissenschaft entwickeln kann. Dafür ist es notwendig, Forschungsprozesse offen darzulegen, wissenschaftliche Quellen und Ergebnisse frei zugänglich zu machen, über Chancen und Risiken offen zu diskutieren sowie die Rahmenbedingungen transparent zu machen.

Wissenschaftskommunikation auf Augenhöhe

Ein zeitgemäßes Verständnis von Wissenschaftsvermittlung basiert auf einer Kommunikation auf Augenhöhe, die einem neuen, kritischen Bewusstsein innerhalb der Bevölkerung Rechnung trägt. Dies impliziert, dass im wissenschaftlichen Diskurs außer Streit gestellte Erkenntnisse nicht auf belehrende Art und Weise "von oben herab" vermittelt werden, sondern in einem offenen Dialog, der auf wechselseitigem Kenntnisgewinn aufbaut und Partizipation und aktive Mitgestaltung fördert. Die Universitäten haben daher zahlreiche Projekte für unterschiedlichste Alters- und Zielgruppen ins Leben gerufen, um das Interesse für Wissenschaft und Forschung bereits in jungen Jahren zu wecken und zu fördern. Um den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu verbessern, erachtet es die uniko daher als notwendig, vor allem die bereits bestehenden Angebote der Universitäten zu nutzen und auf dieser Expertise aufzubauen.

Eine Unterscheidung zwischen der "Lebenserfahrung einfacher Menschen" auf der einen, und den "Einschätzungen von Wissenschaftler:innen" auf der anderen Seite, wie sie im ÖAW-Wissenschaftsbarometer¹ vorkommt, ist diesem Ziel jedoch nicht förderlich, sondern begünstigt eine Distanzwahrnehmung. Eine derartig populistische Fragestellung verstärkt gerade jene Polarisierung, die sie auflösen möchte und verfehlt damit ihren eigenen Anspruch. Dasselbe gilt für die häufig verwendete Gegenüberstellung von "Hausverstand" und "Wissenschaft" als voneinander vollkommen getrennte und einander widersprechende Bereiche. Blindes Vertrauen in jegliche Form wissenschaftlicher Erkenntnis ist ebenso kritisch zu hinterfragen, wie deren kategorische Ablehnung.

Wissenschaftskommunikation sollte allgemein dazu dienen, ein besseres Verständnis für den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess und die alltägliche Arbeit von Wissenschaftler:innen zu gewinnen. Dazu zählt, dass Wissenschaft von der Verifizierung bzw. Falsifizierung von Hypothesen, der systematischen Überprüfung von Ergebnissen, Methoden und Prämissen und dem wissenschaftlichen Diskurs lebt. Genauso wenig wie es "die Wissenschaft" im Singular gibt, die mit einer Stimme spricht und nur eine Perspektive vertritt, ist Skepsis per se etwas Schlechtes, sondern Ausgangspunkt zahlreicher neuer Erkenntnisse und Entdeckungen. Darüber hinaus sollte eine selbstkritische Debatte über die Rolle von Wissenschaftler:innen geführt werden, die das Berufsbild weder idealisiert noch romantisiert. So wie jede andere Berufsgruppe ist auch der Wissenschaftsbereich nicht frei von Eigeninteressen, Eitelkeiten,

-

¹ ÖAW-Wissenschaftsbarometer: https://www.oeaw.ac.at/wissenschaftsbarometer/home

Konflikten, Fehleinschätzungen und Missinterpretationen. Dies auszuklammern bzw. zu negieren, würde das Vertrauen nicht erhöhen, sondern die Wahrnehmung einer elitären Wissenschaft im Elfenbeinturm befördern. Wahres Vertrauen kann nicht entlang einer Einbahnstraße gedeihen, sondern in einem dialogischen Miteinander. Kritisches, selbstständiges Denken als einen der wichtigsten demokratischen Grundpfeiler möglichst früh zu fördern und immer wieder zu ermutigen, ist die zentrale Aufgabe von Politik und Bildungssystem – von der Elementarpädagogik über das Universitätssystem bis hin zu Fortbildungs- und Weiterbildungsangeboten.

AUF EINEN BLICK

#wissenschaftvertrauen: Grundvoraussetzungen

- Freiheit der Wissenschaft und Autonomie der Universitäten;
- Bekenntnis der Politik zur Relevanz wissenschaftlicher Forschung;
- Starker und unabhängiger Qualitätsjournalismus;
- Offenlegung wissenschaftlicher Forschungsdaten, -prozesse und -ergebnisse;
- Hohe wissenschaftliche und ethische Standards;
- Solide Finanzierung und langfristige Planungsperspektiven für Universitäten und Wissenschaftseinrichtungen.

#wissenschaftvertrauen: Forderungen der uniko

- Verstetigte und institutionalisierte wissenschaftliche Beratung in der Breite aller wissenschaftlichen Disziplinen für politische Entscheidungsträger:innen, das Parlament und den für Gesetzesvorlagen zuständigen Beamtenapparat;
- Wissenschaftsberichterstattung als ein Kriterium der Medienförderung;
- Errichtung eines Science Media Centers in Österreich nach internationalem Vorbild;
- Bei der Entwicklung weiterer Formate zur Wissenschaftskommunikation: Aufbau auf den vielfältigen Projekten und Initiativen zur Wissenschaftsvermittlung an Österreichs Universitäten, Nutzung der an Universitäten vorhandenen Expertise, Vermeidung von Parallelstrukturen.